

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.**

Zu der Erklärung der Bundesregierung zum Friedensprozeß im Nahen Osten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens und die wechselseitige Anerkennung der israelischen Regierung und der PLO sowie die vorausgegangene Absage der PLO an Gewalt und Terrorismus. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine früher zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß durch den Friedensprozeß ein in der Region anerkanntes Israel friedlich und sicher mit seinen Nachbarn leben wird und sieht in der in Washington unterzeichneten Übereinkunft über eine Interimslösung erste Schritte zu der umfassenden Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes. Die jüngsten Vereinbarungen haben eine realistische Chance für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten eröffnet.

Militanten Gegnern dieses Friedensprozesses muß klargemacht werden, daß sie sich sowohl im eigenen Lager als auch in der internationalen Gemeinschaft isolieren. Die Akzeptanz der Übereinkunft unter Palästinensern und Israelis sollte von Deutschland und Europa durch geeignete politische Maßnahmen und praktische Unterstützung positiv beeinflußt werden. Ein Gelingen dieses hoffnungsvollen Ansatzes wird in hohem Maße von der wirtschaftlichen und sozialen Absicherung der autonom werdenden palästinensischen Gebiete abhängen. Dafür brauchen sowohl die Palästinenser und ihre politische Vertretung, die PLO, als auch Israel über die bereits erfolgten raschen Zusagen der EG hinaus sichtbare Signale der Unterstützung sowie konkret wirksame Hilfe.

In dem festen Willen, die solidarische Anteilnahme Europas und Deutschlands am Friedensprozeß im Nahen Osten deutlich zu machen, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. den wechselseitigen Anerkennungsprozeß der PLO und Israels gemeinsam mit den europäischen Partnern politisch zu fördern, in diesem Rahmen Jassir Arafat zu empfangen und damit einen Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zur PLO zu beginnen;

2. im Rahmen der multilateralen Nahost-Verhandlungen darauf hinzuwirken, internationale Finanzhilfen zum Aufbau der sachlichen und personellen Infrastruktur zu ermöglichen und die Koordination der Finanzhilfen einem geeigneten Forum zu übertragen;
3. im Rahmen des euro-arabischen Dialogs auf die wohlhabenderen arabischen Länder einzuwirken, sich angesichts ihres besonderen Interesses an der Stabilität der Region angemessen an der Finanzhilfe für die autonom werdenden Gebiete zu beteiligen;
4. innerhalb der EG auf die zügige Aushandlung eines neuen Kooperationsvertrages zwischen Israel und der EG hinzuwirken;
5. deutsche Entwicklungshilfe für die autonom werdenden Gebiete insbesondere in den Sozialbereich, das Gesundheitswesen sowie den Schul- und Hochschulbereich zu lenken;
6. schnelle Maßnahmen der Demokratisierungshilfe u. ä. zur Vorbereitung der in neun Monaten geplanten Wahlen und zum Aufbau kommunaler Strukturen in den besetzten Gebieten (z. B. über die politischen Stiftungen) zu ermöglichen.

Bonn, den 22. September 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion